Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen
nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 22. Sonnabend den 27. Januar. 1849.

Bekanntmachung.

Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 11. d. M. in der Posener Zeitung No. 16. und im Amtsblatte No. 4. werden die Interessenten der freiwilligen 5% Staatsanleihe, welche im Besitze der Empfangsbescheinigungen No. 101. bis No. 200. inclusive sich befinden, benachrichtigt, daß die ihnen zustehenden Valuten in Schuldverschreibungen und baarem Gelde bei unsrer Haupt-Kasse zur Ausgabe bereit liegen und in den Dienststunden Vormittags von 8 bis 1 Uhr werden verabfolgt werden.

Mit den obigen Nummern der ersten Einzahlung in baarem Gelde stehen in Verbindung die Scheine über die von denselben Interessenten geleisteten Nachzahlungen, so wie die Werthbescheinigungen über Gold- und Silbergeräthe.

Mit Versendungen an Auswärtige kann die Haupt-Kasse sich nicht befassen, sie wird sich dazu der Vermittelung der Kreis-Kassen bedienen. Auswärtige haben übrigens ihre Scheine nur erst einzusenden, wenn die Nummern der Letztern vorher aufgerufen worden sind.

Posen, den 25. Januar 1849.

Königliche Regierung.

Inland.

Berlin. — Wir entnehmen der Nat.-Ztg. nachstehende Notizen über den Ausfall der Wahlen:

In Schöneberg im Teltower Kreise wurden im 2. Wahlbezirke mit entschiedener Majorität und gleich bei der ersten Abstimmung sämmtliche 4 Kandidaten der demokratischen Partei durchgebracht. Im dritten Wahlbezirk ebendaselbst (Potsdamerstr. und Carlsbad), siegte gleichfalls die Demokratie sofort mit 3 Kandidaten.

Potsdam. In den 21 Bezirken der Stadt ist in 12 die Wahl ganz in der demokratischen Richtung ausgefallen, in 8 dagegen in der entgegengesetzten der Patrioten und Preußenvereine, und in einem gemischt. Von der Gesammtzahl der Wahlmänner gehören nach diesem Resultat der Wahl 85 jener und 60 dieser letztern Richtungan.

Brandenburg a. d. H. Hier hat die liberale Partei den Sieg davon getragen und zählt über die Hälfte der Wahlmänner zu den ihrigen. Den Bemühungen des Wahlkomitee's, aus den Bezirks-Vereinen hervorgegangen, ist der Erfolg allein zuzuschreiben.

Frankfurt a. O. Trotz der großartigen Anstrengungen, die hier die reaktionäre Partei gemacht hat, trotz ihrer Verdächtigungen durch Rede und Presse, trotz aller Einschüchterungen, die man durch Entziehung von Kundschaft auf den kleinen Handwerksstand und durch Denunziren freisinniger Beamten auszuüben versucht hat, sind auch hier die Wahlen der Wahlmänner entschieden liberal ausgefallen. So weit sich heute der Stand der Angelegenheiten übersehen läßt, sind sieben Achtel der Wahlmänner von demokratischer Färbung, und nur ein Achtel ultra-conservativ.

Cüstrin. Bei den heut stattgefundenen Wahlen hat die demokratisch-konstitutionelle Partei sich entschieden als die Mehrheit des Volkes herausgestellt. Unter 34 Wahlmännern zählt sie 27. Im ersten Bezirk der Stadt ist sie nur um wenige Stimmen, zuletzt durch das Loos geschlagen worden. In der nächsten Umgegend sind die Wahlen in gleichem Sinne ausgefallen.

Cremmen. Hier sind von 9 Kandidaten, die zu wählen waren, 8 erwählt, die entschieden der demokratisch-konstitutionellen Monarchie zugethan sind.

Neu-Ruppin. Hier hat die Demokratie mit 32 Kandidaten gegen 7 gesiegt.

Wittstock. Hier sind sämmtliche 26 Wahlmänner, welche zu wählen und die von dem Verein für Volksrechte und den konstitutionellen Verein bezeichnet waren, der angegebenen Reihenfolge nach, ohne auf die engere Wahl zu kommen, gleich bei der ersten Wahl mit glänzender Mojorität durchgekommen, obgleich der hiesige patriotische Verein mit allen demselben eigenen Mitteln entgegengearbeitet hatte.

Magdeburg. Magdeburg wählt mit den beiden Vorstädten Neustadt und Sudenburg zusammen 275 Wahlmänner. Davon sind bis jetzt bekannt 241 und von diesen gehören 222 zur Volkspartei und 19 zur Partei der Befriedigten. v. Unruh ging im ersten Skrutinium mit 107 gegen 74 durch. Die Wiederwahl von Unruh und Par ist daher vollständig gesichert. Unter den noch unbekannten 34 Wahlen ist sicher die Hälfte der Volkspartei zugefallen.

Brandenburg, den 23. Januar. Die Ritter-Akademie hört Ostern bestimmt auf. Weder als Erziehungsinstitut und Unterrichtsanstalt, noch als bloße Erziehungsanstalt stand ihr eine einigermaßen gesicherte Zukunft bevor; sie aber im Interesse der Lehrer noch ½ Jahr resp. 1 Jahr fortquinen zu lassen, ward von diesen entschieden zurückgewiesen.

Stettin. Die Wahlen sind in den meisten Bezirken beendet, nur in wenigen ist es zu einem Wahlkampfe gekommen, der noch fortdauert. In zweien hat die Versammlung aufgelöst und auf morgen vertagt werden müssen. Diese abgerechnet, bleiben von den 19 städtischen Wahlbezirken 17, in denen mit Ausnahme eines das Wahlresultat meist bekannt ist. Die Reaktion hat fast vollständig gesiegt in 8 Bezirken; in 8 anderen Bezirken ist dagegen die liberaldemokratische Partei entschieden im Uebergewicht gewesen; von einem Bezirk ist der Ausfall der Wahl noch nicht bekannt, aber sowohl von diesem, wie von den zweien, die morgen wählen werden, steht der Sieg der liberalen Partei zu erwarten.

Neuwedel. Hier hat die Demokratie den entschiedensten Sieg davon getragen. Von den hier gewählten 10 Wahlmännern gehört Keiner der Reaction an. Neuwedel hat abermals bewiesen, daß es seinem alten Glauben treu bleibt.

Breslau. Kaum von der Wahlstätte heimgekehrt, beeile ich mich den uns sinnesverwandten Bewohnern der Hauptstadt jene denkwürdigen Worte zuzurufen: „Freut euch Athener, denn wir haben gesiegt!" Mögen Sie bei Ihnen und überall einen kräftigen Wiederhall finden! Unter 350 Wahlmännern, welche Breslau aufzustellen hatte, zählt die Volkspartei bereits gegenwärtig 200 der ihrigen.

— Wie verlautet, soll man der Ansicht sein, die zweite juristische Prüfung zum Referendariat in Zukunft gänzlich aufzuheben und nach dem Vorbilde vieler andern Teutschen Staaten nur zwei Prüfungen zur Erlangung eines Richteramtes künftig feststellen.

— Nachdem schon vor mehreren Wochen der zweite Direktor des hiesigen Stadtgerichts Herr Voigt, ein Cirkular an die Beamten des Gerichts erlassen hatte, sich aller politischen Gespräche in den Dienststunden zu enthalten, ist kürzlich ein desfalsiger Befehl auch vom ersten Direktor, Geheimen Justiz-Rath Schröder, an die sämmtlichen Beamten ergangen. Dieser erneuerte Befehl ist dadurch hervorgerufen worden, daß zwei Beamte, welche in ein und demselben Büreau beschäftigt sind, auf eine ungewöhnlich lebhafte Weise in Streit über politische Meinungen geriethen, wobei sie sich gegenseitig einen Reaktionair und Republikaner nannten.

Breslau, den 24. Jan. (Schles. Ztg.) Obgleich uns die genaueren Berichte und von vielen Orten aus der Provinz die Berichte noch gänzlich fehlen, so stellt sich das Resultat für die konstitutionelle Partei doch in keiner Weise so heraus, wie die demokratischen Parteiorgane frohlockend verkünden. Im Gegentheil kann man mit voller Sicherheit annehmen, daß im Ganzen das gemäßigte Princip den Sieg errungen hat. Wir geben, was wir erfahren haben.

In Neustadt (Oberschlesien), wo 26 Wahlmänner gewählt wurden, haben — so berichtet der ultra-demokratische „Volkswächter" — die Constitutionellen nicht einen von ihren aufgestellten Candidaten durchgebracht, die Demokraten hingegen alle.

In Gleiwitz sind unter 32 Wahlmännern 24 gut konstitutionell. Der (demokratische) „Oberschlesische Wanderer" führt einfach ihre Namen an, hütet sich aber, etwas über ihre politische Gesinnung hinzuzufügen — weil dies nicht in seinen Plan paßt.

Auf Glatz kommen 36 Wahlmänner. Die Wahl kann nicht schlecht sein, da das (demokratische) „Volksblatt" einfach ihre Namen nach den 7 Bezirken herzählt, es aber unterläßt, ihre politische Farbe irgendwie näher zu bezeichnen.

Wenn überall so gewählt worden wäre, wie in Grottkau, dann könnte es nicht besser um uns stehen. Die Wahlen sind hier höchst vortrefflich ausgefallen.

In Freiburg und den zunächst liegenden Ortschaften sind sämmtliche Wahlen konstitutionell ausgefallen; fast dasselbe gilt von Gorkau und dessen Umgegend. — In der Stadt Brieg ist freilich die gute konstitutionelle Sache der demokratischen unterlegen; dagegen steht's auf dem Lande gut. In Peiskretscham, sowie in Strehlen (Stadt und Land), Neustädtl und dessen Umgegend sind die Wahlen für die Constitutionellen alle ziemlich gut, in Ohlau (Land) fast ganz gut, in Hirschberg (Stadt und Landkreis) zur Hälfte gut, in Langenbielau aber sehr gut ausgefallen.

In Liegnitz verkündet die „Silesia" einen glänzenden Sieg für die Demokratie. „Ungeachtet der unerhörten Wühlereien seitens der konstitutionellen Partei — sagt sie — haben von 14 Wahlbezirken nur 3 im Sinne der Rückschrittsmänner gestimmt, so daß das Comitée, welches aus der Urwähler-Versammlung vom 2. Januar hervorgegangen, von 56 Wahlmännern 45 glücklich durchgebracht hat." Unter den Gewählten begegnen wir Namen, wie: v. Merckel, Regierungsrath; Matthäi I., Oberlehrer; Matthäi II., Lehramtskandidat; Cunerth, Redakteur; Wüstrich, Landwirth. Auch von konstitutioneller Seite wird bestätigt, daß in Liegnitz nur 11 Gutgesinnte und 45 Demokraten gewählt worden sind.

Brieg, den 22. Januar. Die Schlacht ist vorüber! Die Demokraten haben, wie fast vorauszusehen war, einen weniger ruhmvollen als leichten Sieg errungen. Seit lange gerüstet, mußten sie, in wohlgegliederter festgeschlossener Phalanx anrückend, die Gegner fast ohne Kampf besiegen, die, nur mit redlichen Waffen kämpfend im eignen Lager manchen Judas hatten, der als scheinbar gebesserter Lorenz zum constitutionellen Verein getreten war, und, nachdem er Operationsplan und Feldgeschrei erfahren, im entscheidenden Augenblicke zu den Seinigen zurückkehrte, während die Constitutionellen so viel wie Nichts von den Maaßregeln der Demokraten erfuhren, indem sie, zu redlich zum Spioniren und Bestechen, nicht einmal über eine Fulvia zu verfügen hatten, die weiland den großen Cicero und die große Römische Republik rettete. So ist denn nur Ein Constitutioneller gewählt worden gegen 48 Demokraten, unter diesen haben vorzugsweise alle diejenigen ihren Platz gefunden, welche bei Einberufung und Ausmarsch der Landwehr und der damals abgehaltenen gesetzwidrigen Volksversammlung sich rührig und wühlig gezeigt hatten. Hieraus mag man ermessen, was wir zu hoffen oder zu fürchten haben! Dagegen sind die Wahlen auf dem Lande, so viel wie bis jetzt verlautet, im Ganzen befriedigender ausgefallen. (Schl. Ztg.)

Hainau, den 22. Jan. Die konstitutionelle Partei hierselbst hat im heutigen Wettkampfe den Sieg davon getragen. Fest zusammenhaltend, eng geschlossen, eingedenk der Worte, die ihr in den Vorwahlen, von Männern, der freien Rede mächtig, denen das Glück des Vaterlandes, die Festigkeit der Regierung, die Freiheit und der Wohlstand des Volkes wahrhaft am Herzen liegt, lenkten sie ihre Stimmen nur auf Männer gleicher Gesinnung.

Freiburg, den 20. Jan. Die hiesigen Wahlen sind glücklich vorüber, und unsere 17 Wahlmänner durchweg ächt konstitutionell gesinnt.

Stettin, den 23. Januar. Ich beeile mich Ihnen mitzutheilen, daß in der gestrigen Wahlschlacht die konservative Partei gesiegt hat. Von den 176 Wahlmännern Stettins sind bis jetzt 166 gewählt. Die Wahl der letzten 10 ist noch ausgesetzt, da der Wahlakt in dem betreffenden Bezirk durch tumultuarische, von der demokratischen Partei veranlaßte Auftritte gestört ist Von jenen 166 Wahlmännern gehören 60 der demokratischen oder „freisinnigen" und 106 der konservativen Partei an, dieselbe hat also bis jetzt schon ein Uebergewicht von 46 Stimmen, welches sich wahrscheinlich noch um 10 steigern wird. Uebrigens befinden sich auch unter den Wahlmännern der Linken mehrere, welche vermuthlich noch für die konservative Partei zu gewinnen sind. Die Majorität würde für die letztere noch günstiger ausgefallen sein, wenn in einzelnen Bezirken bei den Vorwahlen nicht mit zu großer Exklusivität zu Werke gegangen wäre.

Stettin, den 23. Januar. Ein Akt der Wahlen ist nun vorüber; das Resultat derselben ist der conservativen Partei im Allgemeinen günstig; den die Majorität der Wahlmänner gehört ihr an. Gleichwohl haben in manchen Bezirken wie in denen der Lastadie, die sich sonst durch die conservative Gesinnung ihrer Bürger vor allen ausgezeichnet hat, die Arbeiter zu Gunsten der demokratischen Partei den Ausschlag gegeben. In einem Bezirk der Lastadie und in dem der Oberwieck ist es zu solchen Störungen gekommen, daß die Versammlung hat aufgehoben werden müssen und die Wahl erst heute fortgesetzt werden wird. In einzelnen Stadtbezirken dagegen sind die Conservativen deshalb wohl zum Theil unterlegen, weil ihre Vorwahlen zu exclusive Persönlichkeiten ergeben hatten.

Die Norddeutsche Ztg. giebt folgende Uebersicht der Wahlen:

Stolp, den 22. Jan. Die heutige Wahl ist ultra-demokratisch ausgefallen. Von 40 Wahlmännern, die die Stadt zu wählen, ist auch nicht ein einziger Corservativer durchgedrungen. — Wie es auf dem Lande steht, weiß man bis jetzt noch nicht; wahrscheinlich aber eben so schlecht, da die Wühler sehr thätig gewesen und ihre plausiblen Redensarten bei der niederen Klasse gar zu leicht Anklang finden.

Köslin, den 22. Jan. Abends. Ich beeile mich Ihnen mitzutheilen, daß von den hier gewählten 34 Wahlmännern nur 2 der constitutionellen, die übrigen 32 der demokratischen Partei angehören — ein Resultat, das Allen unerwartet gekommen ist, obgleich die Stärke der zur letztern Partei hinübergezogenen Streitkräfte wohl bekannt war. Schon Tags vorher sind „Reaktionairs" auf den Straßen jämmerlich durchgeprügelt worden, und heute hört man das Schlagwort „Reaktionair" an allen Ecken, angetrunkene Bettler fordern drohend eine Gabe „zur Feier des heutigen Tages", und alle Bier- und Branntweinhäuser sind mit Urwöhlern angefüllt, die auch schon auf einander losgeprügelt haben. Ich enthalte mich für heute weiterer Schilderungen des Siegesjubels unserer Demokraten.

Göttingen, den 19. Januar. Gestern hat der constitutionelle Verein fast einstimmig eine Adresse an die National-Versammlung zu Frankfurt und eine andere an die bevorstehende Ständeversammlung zu Hannover zu richten beschlossen, worin sich derselbe für die erbliche Uebertragung der höchsten Gewalt in Deutschland an die Krone Preußen erklärt.

Frankfurt, den 22. Januar. Das Reichsministerium hat an den Bevollmächtigten für Sachsen-Weimar, Herrn v. Wydenbrugk, nachstehendes Schreiben erlassen:

„Der Reichsverweser hat aus Ihrer sehr geschätzten Mittheilung vom 18. Kenntniß davon genommen, daß Se. königl. Hoheit der Großherzog von Sachsen-Weimar gleichzeitig mit den Fürsten der übrigen Thüringischen Staaten in einer Adresse an Se. Majestät den König von Preußen Ihre Zustimmung zu dem Antrage des Verfas-

sungsausschusses der Deutschen Nationalversammlung ausgesprochen, wonach an die Spitze Deutschlands einer der regierenden Deutschen Fürsten gestellt werden soll. Dieser Antrag ist von der verfassunggebenden Reichsversammlung gestern zum Beschluß erhoben worden. Die Fürsten Thüringens finden sich dadurch mit den Vertretern der Deutschen Nation in erfreulichem Einklange und tragen durch den gegebenen Beweis hochherziger Bereitwilligkeit auf dankenswerthe Weise zu der trostreichen immer mehr erstarkenden Gewißheit bei, es werden die Leiden und Anstrengungen des Deutschen Volkes nicht vergebens und durch eine Zukunft belohnt sein, welche den Fürsten wie den Völkern wohl bald die Zeiten der Schwäche und Zersplitterung wird vergessen lassen. — Der Unterzeichnete hat darum mit Freude den Auftrag übernommen, Sr. königlichen Hoheit den wärmsten Dank im Namen der Centralgewalt auszusprechen, und bittet Sie, Herr Bevollmächtigter, Gegenwärtiges zur Kenntniß des Großherzogs bringen zu wollen. Frankfurt, 20. Januar 1849 (Gez.) Gagern."

Frankfurt a. M., den 22. Januar. 156. Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Vorsitzender Präsident Simson. Unter den Flottenbeiträgen werden 1750 Gulden Rheinisch von Oberösterreichischen Ständen angemeldet. (Allgemeiner Beifall.)

Es wird die Berathung über §. I a des Verfassungs-Entwurfs, Abschnitt: Das Reichs-Oberhaupt, eröffnet. Von Neubauer aus Wien ist ein von zahlreichen Oesterreichischen Abgeordneten mitunterzeichneter Verbesserungs-Antrag eingebracht, der dreijährige Wahl des Reichs-Oberhaupts verlangt. Von den eingezeichneten Rednern erhält zuerst das Wort Ahrens aus Salzgitter. Er erklärt sich für das von ihm mit gestellte Minderheitserachten: „Das Reichs-Oberhaupt wird auf sechs Jahre erwählt." Die Idee eines Erbkaisers, behauptet er, sei eine von der Nation verworfene Träumerei der überspannten Jugend, eine Erneuerung des Mittelalters, eine Ironie des Absolutismus. Das Parlament ist die wesentliche Anstalt des Bundesstaats, sie wird die einzige sein, die einen Fortbestand hat. Lassen Sie dies Parlament durch kein Erbkaiserthum erdrücken. (Sehr gut! von der Linken.) Nachdem Herr Ahrens noch die gewisse Erwartung ausgesprochen hat, das Reichsoberhaupt selbst werde nimmermehr in eine Abtrennung der Oesterreichischen Lande vom Reiche willigen, scheidet er unter dem Beifall der Linken von der Tribüne. Ihm folgt Beda Weber aus Meran. Oesterreich, von dem Brandmale der Abstoßung getroffen, werde auf keine Union mit „Klein-Deutschland" eingehen. Das Volk werde sich dieses Kleindeutschland (der Redner nennt es unausgesetzt so) nicht gefallen lassen; es werde seine Vereinigung durchsetzen und wenn die Welt voll Professoren wäre (mit Bezug auf Dahlmann). Er erkläre sich eigentlich für einen Oesterr. Erbkaiser, da aber dieser unmöglich sei, so gegen einen Preuß. Kaiser und für einen Präsidenten. (Beifall von der Linken.) — Rümelin aus Nürtingen in Würtemberg bekennt sich als einen der wenigen Süddeutschen, die entschieden mit der rechten Seite des Hauses gehen, zu jedem Opfer für die Einheit Deutschlands bereit. Er weist die Bezeichnung „Kleindeutschland" zurück, desgleichen die Befürchtung des Bürgerkrieges von Oesterreich her. „Für die Erblichkeit will ich nur einen Grund anführen. Wir wollen einen Preuß. Erbkaiser, damit wir nicht Preußisch werden. Wir wollen uns ganz hingeben, damit Preußen in den Stand gesetzt werde, sich auch uns ganz hinzugeben. (Lebhafter Beifall). Das Deutsche Volk hat uns berufen, daß wir ihm eine Verfassung geben. Um unseres Namens in der Geschichte willen möchte ich, daß wir das Werk vollenden. Ihr (zur Linken) Wahlspruch ist: die Zukunft wird es machen. Unser Wahlspruch ist umgekehrt: nicht die Zukunft soll die Verfassung Deutschlands, sondern die Verfassung die Deutsche Zukunft machen." (Lebhafter Beifall von der Mehrheit des Hauses.) Uhland aus Stuttgart spricht vom entgegengesetzten Standpunkte ernst und würdevoll in dichterisch gehobener Sprache. Die Tendenz seines Vortrages concentrirt sich in den Schlußworten: „Verwerfen Sie die Erblichkeit, schaffen Sie keinen herrschenden Einzelstaat, stoßen Sie Oesterreich nicht ab, retten Sie das Wahlrecht, das letzte Wahrzeichen des Geistes, der uns hierher gerufen. Es wird kein Haupt über Deutschland herrschen, das nicht mit einem vollen Tropfen demokratischen Oels gesalbt ist." — Dahlmann redet zur Vertheidigung des mit von ihm aufgestellten Minderheitserachtens: „Diese Würde ist erblich in dem Hause des Fürsten, dem sie übertragen wird" in seiner gediegenen historischen Weise das Lob der Erbherrschaft. In der Einheit sei die Zukunft Deutschlands enthalten. „Oesterreich kann uns nicht vollständig angehören, wie die Dinge stehen. Dagegen ist gar keine Zukunft Deutschlands möglich, ohne daß wir uns des Herrscherhauses Hohenzollern so versichern, daß es alle seine Kraft und Sorge, nicht bloß als Nebengeschäft, sondern gänzlich dem Deutschen Vaterlande widme. Vergessen Sie nicht, daß die absolute Herrschaft in Preußen unmöglich wurde seit Friedrich II., vergessen Sie nicht, daß als Preußen in den napoleonischen Kriegen sank, auch Deutschland mit ihm sank, und daß sich auch Deutschland nur mit Preußen wieder erhob. Ich würde glauben, mit Allem gebrochen zu haben, was mir theuer und heilig ist, wenn ich meine Stimme anders abgeben sollte, als für das erbliche Kaiserthum der Hohenzollern, in welchem eine unbegreifliche Barmherzigkeit des Himmels unserem zerrissenen Vaterlande die Rettungsbahn gezeigt hat." — Fröbel erklärt sich in Bezug auf die Oberhauptsfrage dahin, daß das Volk selbst und daß es auf die kürzeste Periode wähle. v. Vincke faßt noch einmal die hauptsächlichsten Gründe für die Erblichkeit zusammen, sucht mit dem glücklichsten Humor darzuthun, wie die erbliche Monarchie sogar im Interesse der demokratischen Parteien sei, wonach er sich mit derselben witzigen Schärfe gegen Beda Weber, Phillips, Welcker und endlich gegen Eisenstuck's volkswirthschaftliche Irrthümer wendet. — Nach Vincke's Rede vertagt das Haus die Berathung auf die morgende Sitzung.

Gotha, den 20. Januar. Am vorgestrigen Tage ist unser Herzog nach Dresden gereist und wird von da nach Berlin gehen. Man schiebt dieser Reise politische Zwecke unter. Jedenfalls dürfte ein näherer Anschluß der Thüringischen Staaten an das Königreich Sachsen demnächst zu erwarten sein. Unter einander scheinen diese kleineren Länder nicht einig werden zu können und wollen sich darum lieber einem größern Staate fügen, um in Gemeinschaft mit demselben einen ansehnlichen Reichskreis und eine respektable Streitmacht zu bilden. Die starre Eifersucht der kleinern Staaten unter einander und die Sonderinteressen, die sie mit kleinlicher Energie verfolgen, lassen nicht einmal die Herzogthümer Koburg und Gotha, obwohl von demselben Regentenhause beherrscht, einander zu einer innigern Vereinigung die Hände bieten. (D. A. Z.)

Von der Bairisch-Tirolischen Grenze, den 12. Jan. Einige jener Tirolischen Protestanten aus dem Zillerthale, welche vor etwa 12 Jahren vom Fanatismus ihrer Landsleute und dem Gerechtigkeitssinne des damaligen Oesterreichischen Systems aus ihrer Heimath buchstäblich verjagt, ein Asyl in Preußisch-Schlesien fanden, wo sie im Kreise Hirschberg ein „Neu Zillerthal" gründeten, einige von diesen gezwungenen Auswanderern hatten sich vor mehreren Monaten, mit guten Preußischen Pässen versehen, über Bunzlau und München nach ihrer ursprünglichen Heimat in Tirol begeben, um dort persönlich Erschaftsangelegenheiten und andere noch von der Zeit ihrer Auswanderung her anhängige Verhältnisse ins Reine zu bringen. Kaum dort angelangt, hatte nun der Katholische Klerus nichts Nothwendigeres zu thun, als die Bevölkerung gegen diese ihre ehemaligen Mitbürger und Heimathsgenossen als „verfluchte Ketzer" aufzuhetzen und das K. K. Landgericht in Zell um augenblickliche Ausweisung dieser Ketzer zu bestürmen. Der Landrichter Berger, ein rechtschaffener Mann, der die Papiere der mißliebigen Neu-Zillerthaler in vollkommenster Ordnung fand, und dem gegen deren ruhiges und gesetzmäßiges Verhalten auch nicht das Geringste vorlag, wies die ihm gemachten Zumuthungen zurück, worauf der fromme Clerus die Einwohnerschaft dergestalt zu fanatisiren wußte, daß dieselbe eine Deputation nach Innsbruck an das Landespräsidium abfertigte, welche an dieser höchsten Provinzialstelle auf augenblickliche Ausweisung der verhaßten Gäste dringen mußte. Das Landespräsidium war denn auch für die Vorstellungen dieser Deputation nicht taub und verfügte auf den Grund einer nichtigen Paßförmlichkeit, welche sich dieselben zu Schulden kommen ließen, die sofortige Ausweisung der „Ausländer", welche demgemäß mitten im Winter nach Aufwendung großer Kosten ihre Rückreise nach Schlesien antreten mußten, ohne den Zweck ihrer Reise auch nur im Entferntesten erreicht zu haben. (Z. J.)

Stuttgart, den 19. Januar. Die Jesuiten haben in Würtemberg Grund und Boden gefaßt. Auf Schloß Neu-Trauchburg bei Zell ist die erste Jesuitenschule errichtet worden. Die Unterstützer der Anstalt sind zum großen Theil die oberländer Pfarrer der jüngern Schule, mit dem Gelde des Fürsten von Zell. Der Unternehmer ist der bekannte Vikar Lichtenstein, der in Angelegenheiten der Jesuitenpartei schon öfters Reisen gemacht hat und gegenwärtig eine Hofmeisterstelle bei dem Fürsten Zell versieht. Es scheint, die Jesuitenpartei hat bei uns den Anfang mit einem zweiten Freiburger Kollegium gemacht, da der Kanton Freiburg ihnen für immer verschlossen ist, während in Frankfurt der Antrag, die Jesuiten aus Deutschland zu verbannen, nicht durchging. (St. B.)

Wien, den 19. Januar. In der jüngsten Sitzung der Akademie der Wissenschaften hat der ehemalige Minister und nunmehrige Sectionschef Baumgartner den Vorschlag gemacht, längs der Donau einen electro-galvanischen Telegraphen zu errichten, wodurch auch beim Austritte des Stromes die Signalisirung weit schneller und zuverlässiger, als auf die bisherige Weise durch aufgesteckte Fahnen erfolge. Die Section beschloß, den Antrag dem Gemeinderath vorzulegen.

Wien, den 20. Januar. (Schles. Ztg.) Seit vorgestern war das Wasser der Donau so weit gefallen, daß man in den Straßen der bedrängten Vorstädte ungehindert gehen konnte. Dagegen hatte sich im Donau-Kanal ungemein viel Eis aufgehäuft, und man ist daher wegen einer nochmaligen Ueberschwemmung besorgt. Seit heute früh ist das Wasser wieder bedeutend im Steigen begriffen. In den letzten Tagen hatte das Wasser eine solche Höhe erreicht, daß es in mehreren tiefliegenden Häusern in die ersten Stockwerke eindrang. Das Wasser stand an vielen Stellen höher als bei der Ueberschwemmung im Jahre 1830. Ungemein großen Schaden haben die Holzhändler an den Donau-Ufern gelitten, da mehrere hundert Klafter Holz weggeschwemmt wurden. — Der Tag der Eröffnung der hiesigen Universität ist auf den 20. Februar d. J. festgesetzt, an welchem Tage auch die Vereinigung der Josephs-Akademie mit der Universität stattfinden wird. Die werthvollen Sammlungen der erstern gehen in das Eigenthum der letzteren über. — Der hiesige Militair- und Civil-Gouverneur, Frhr. v. Welden, ist von dem Kaiser zum Inhaber des 20. Infanterie-Regiments ernannt worden.

Wien, den 21. Januar. Eben eingehende Briefe aus Pesth melden, daß die Festung Essek an der Militairgrenze den k. k. Truppen übergeben worden sei. Kossuth hatte sich in Folge der bedenklichen Stimmung in Debreczin von dort mit seiner Schaar nach Großwardein geflüchtet. — Die Ungarische Banknoten-Angelegenheit bringt sehr viel Verwirrung in den Geschäften hervor, und man sah in Pesth vielen daraus erwachsenden Prozessen entgegen. Die Schuldner wollen nur in Ungarischen Banknoten zahlen und die Gläubiger verweigern die Annahme; die Schuldner, die aber nicht warten wollen, deponiren gerichtlich die Beträge. Bis jetzt stellt sich freilich nur ein unerheblicher Unterschied heraus, indem die Ungarischen Banknoten nur einen Verlust von 4 — 5 pCt. erleiden. — Glaubwürdigen Nachrichten zufolge sind unsere Truppen in der wichtigen Bergstadt Schemnitz eingerückt. — Man vermuthet, daß der Kaiser, um der Serbischen Nation einen Beweis seiner Theilnahme zu geben, seinen Titeln auch jenen eines „Großherzogs der Serben diesseits der Save und Drau" beifügen dürfte. — Man überläßt sich der erfreulichen Hoffnung, daß nach eingetretener Pacifikation die lästigen Zollbeschränkungen zwischen Ungarn und den übrigen Provinzen wegfallen dürften, welche Maßregel die Preise der Lebensmittel bedeutend ermäßigen würde. — Der neue Türkische Botschafter Mussurus ist vorgestern hier angekommen und wird sich nach einigen Tagen an das Hoflager des Kaisers begeben. — Man spricht vielfach von der Octroyirung einer Karte und der Einberufung von Deputirten aus dem ganzen Oesterreichischen Staate in ein Ober- und Unterhaus. — Aus den Verhandlungen des Gemeinderaths geht hervor, daß den Reklamationen einiger fremden Gesandtschaften wegen des in den Octobertagen erlittenen Schadens keine Folge gegeben worden.

— Nach Berichten der Wien. Z. aus Pesth wurde zur Untersuchung der Kompromittirten eine K. K. militairisch-politische Centralkommission eingesetzt. Pesth-Ofen ist ruhig, die Bürgerschaft zuvorkommend, das Benehmen des Militairs musterhaft. Die itr. Reformgenossenschaft soll in Angst gewesen, doch jetzt beruhigt sein, nachdem der Fürst zu Windischgrätz derselben in der Person ihres Predigers die Versicherung seines Schutzes gegeben. Kossuth soll in Debreczin die Krone sammt andern Insignien, diese vom Volk als heilig verehrten Insignien, in der Kirche aufgestellt haben; dabei müssen die herbeiströmenden Bauern schwören, das Vaterland bis zum letzten Blutstropfen vertheidigen zu wollen. Diese Bauern sind mit den Waffen der Debrecziner Bürger bewaffnet worden, welche Kossuth unter der Hand erklärten, die Kais. Fahne auszustecken, sobald die K. K. Truppen heranahen.

Prag, den 20. Januar. Der hier entstandene Verein der Slawinnen zur Hebung der Bildung des weiblichen Geschlechts wird wegen Uneinigkeit der Stifterinnen aufgelöst. — Heute war das Gerücht verbreitet, daß auf den Schildwachtposten bei der Kettenbrücke, auffallend genug, ein zweites Attentat verübt worden sei.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 21. Jan. Der Moniteur enthält die Protokollsauszüge, welche sich auf die gestrigen Proklamations-Förmlichkeiten des Vicepräsidenten der Republik beziehen. „In Gegenwart Gottes und des durch die National-Versammlung vertretenen Französischen Volkes schwöre ich, der demokratischen Einen und untheilbaren Republik treu zu bleiben und alle Pflichten zu erfüllen, die mir die Verfassung auferlegt". So lautet der Eid, den auch der Bürger Boulay gestern in die Hände Marrast's leistete. — Dasselbe Blatt enthält einen Erlaß des Finanzministers, der ziemlich umständlich den Eisenbahn- und Zollamts-Directionen auseinandersetzt, unter welchen Bedingungen sie das Plombiren von Waarenzügen auch auf alle übrige Richtungen Frankreichs ausdehnen dürfen. Bisher war dieser Vortheil bekanntlich nur den von Köln und Brüssel herkommenden Waarenzügen, so wie dem Gepäck der Reisenden gestattet. Hr. Passy will sich bei dem Handelsstande, den diese Maßregel in hohem Grade interessirt, beliebt machen.

— Man hält Boulay's Ernennung zum Vicepräsidenten für den Vorläufer einer Minister-Aenderung. Der National lobt die Antrittsrede des Vicepräsidenten und hebt besonders die Stelle hervor, worin er erklärt, daß die Nationalversammlung das Recht habe, ihr Mandat zu beenden. Solche Ansicht könne wohl nicht ohne Zustimmung des Präsidenten geäußert werden.

— Marrast prahlte früher, daß er das Amt eines Pariser Maire unentgeltlich verwaltet habe. Jetzt haben sich zwei Quittungen über 21,000 Frs. von seiner Hand über „Entschädigungen für Amtsausgaben" mit ministeriellem Visum, im Stadthause vorgefunden.

— Die Legitimisten werden morgen den Jahrestag, an welchem Ludwig XVI. vor 56 Jahren hingerichtet wurde, durch Todtenmessen ꝛc. feiern.

— Zahlreiche Patrouillen durchziehen die Straßen und man könnte glauben, Paris stehe am Vorabend einer neuen Revolution. Es herrscht allerdings eine gewisse Aufregung unter dem Volk, wofür mehrere Gründe sprechen. Der reactionäre Gang der Regierung; das Treibjagen gegen die Bäckergesellen, von denen 2000 feiern, und endlich ein Heer von 30,000 anderen Proletariern, welche der hohe Wasserstand und die Jahreszeit außer Brod brachte, so wie in letzter Instanz die allgemeine Erbitterung wegen des Ausbleibens einer Amnestie für die Junigefangenen: das sind allerdings Zündstoffe, die einen allgemeinen Brand besorgen ließen. Es wird indeß zu keinem Straßenkampf kommen. Das Proletariat ist viel zu gewitzigt, um den Royalisten eine Gelegenheit zu verschaffen, etwa sieben- bis achthundert democratische Führer einzufangen und mit der National-Versammlung (die ihnen plötzlich zu revolutionär geworden ist) über die Klinge springen zu lassen. Die Bäckergesellen werden in der Association ihr Heil suchen und für das übrige brodlose Proletarierheer werden die neuen Assistenz-Commissarien zunächst sorgen. Sollte aber das Barrot-Cabinet sich zum Helfershelfer der royalistischen Partei machen, dann ist sein und der letzteren Untergang sicher. So lautet die Prophezeihung der demokratischen Blätter, wie des Peuple und der République, von denen jedes täglich 40,000 Exemplare zu 1 Sou verkauft. Auch in das Weichbild ist der Geist des Aufruhrs bereits gefahren, denn es sieht sich jetzt schon in Bezug auf die glänzenden Versprechungen seiner Candidaten schrecklich getäuscht.

— A. Blanqui richtet aus dem Kerker von Vincennes einen Brief an das Peuple, worin er seinen Nachbar auf der untersten linken Bank im Saale der National-Versammlung am 15. Mai zum Zeugen für gewisse Thatsachen auffordert. Er kennt diesen Nachbar nicht, hofft aber, daß er sich selbst nennen werde.

— Die Insurgentinnen, welche in den Gefängnissen von St. Lazare saßen, ohne daß ihnen seit dem Juni 1848 der Prozeß

gemacht wurde, sind auf Verordnung des Präsidenten Bonaparte freigelassen worden.

— Zu Braine-le-Comte im Hennegau fand dieser Tage ein Bankett der Gemeinen und Unteroffiziere der Garde civique statt, auf welchem sämmtliche Gäste die von einigen ihrer Kameraden entwickelten demokratischen Ideen mit Applaus aufnahmen. Es wurden Toaste ausgebracht: auf das Recht auf Arbeit! auf die Vereinigung der Völker! auf das allgemeine Stimmrecht! Am Schlusse ward eine Kollecte zu Gunsten des edlen Märtyrers (noble martyr) Robert Blum abgehalten, deren Ertrag an die „Nation" in Brüssel einzuschicken beschlossen ward.

Das Correctionellgericht zu Brüssel hat so eben einen alten Vikar wegen Gaunerei (escroquerie) zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt; er behauptete, ein Geheimmittel gegen Krankheiten der Weiber, Mädchen, Kühe, Pferde ꝛc. zu besitzen und kurirte gegen gutes Geld auf alle möglichen Krankheiten los; auch exorzisirte er die vom Teufel besessenen Personen.

— Seit einigen Tagen hat hier in Lüttich die Cholera ihren Sitz aufgeschlagen und bereits viele Opfer geholt. Hauptsächlich trifft dies Loos die arbeitende Klasse. Um die Bewohner nicht zu sehr in Schrecken zu setzen, hat man an die Geistlichkeit die Weisung ergehen lassen, bei dem Tode eines solchen armen Schlachtopfers nicht läuten zu lassen.

— Paris hatte bisher zwar einen türkischen Gesandten, aber noch keine türkische Gesandtin. Diese Lücke ist nun ausgefüllt. Mme. Callimachi, Frau des türkischen Gesandten (eines Griechen) macht Aufsehen. Die vornehme Welt ist ganz entzückt von der Liebenswürdigkeit der neuen türkischen Gesandtin.

— Ein Franz. Blatt schreibt: Es gehörte bekanntlich zu den Eigenthümlichkeiten Napoleons jungen Leuten, deren Fähigkeiten sein schneller und sicherer Scharfblick errathen, mit Umgehung aller hierarchischen Einsprache wichtige Posten in den politischen Geschäften, höhere Aemter in der Verwaltung, selbst in der Justiz anzuvertrauen. Selber von seinem Genie nicht minder als vom Glück an die Spitze einer großen Nation in den Wehen ihrer Wiedergeburt emporgetragen, deutete er jungen Leuten, deren Begabtheit er erkannt hatte, gern an, daß er sie kraft derselben Bedingungen empvrhebe. Diese Eigenthümlichkeit des großen Mannes ist es wohl nicht, daß eine hübsche Schaar seiner treuen Diener seit dem 20. v. M. die Zurückgezogenheit, in der sie bisher zerstreut in den Provinzen lebten, aufgab, um dem Neffen ihres Kaisers die alte Treue und Hingebung anzubieten, und vom Präsidenten der Republik das Vertrauen in ihre Dienstfähigkeit zu verlangen das der Consul, das der Kaiser ihnen geschenkt hatte. Ich weiß nicht, wie viele von diesen braven vom Alter meist gebeugten Leuten die Reise umsonst gemacht haben werden, nur so viel weiß ich, daß bis jetzt L. Napoleon nur einen Diener seines Oheims wieder anzustellen gesonnen war. Es ist das Herr Molé, dem er den Gesandtschaftsposten in Madrid angeboten, worauf sich zwischen dem Grafen und dem Präsidenten folgender kleine Dialog entsponnen: „Sie wollen mir, Herr Präsident, meine Jugend zurückgeben?" „Wie meinen Sie das, Herr Graf?" „Vor vierzig Jahren habe ich demselben Posten Ihren Oheim vertreten."

Großbritanien und Irland.

London, den 20. Jan. Nach den neuesten Nachrichten aus Bombay, die bis zum 18. Dezember reichen, hatte der Oberbefehlshaber Lord Gough am 21. Nov. am Dschenab das Kommando der dort versammelten 22,000 Mann und beinahe 100 Geschütze übernommen und sofort die Operationen gegen die am andern Ufer stehenden Sikhs begonnen. Am 22. Dezember setzten 5 Kavallerie-Regimenter und 2 Infanterie-Brigaden über den Fluß, um zu rekognosziren. Die Sikhs zogen sich zurück; als aber die Britische Kavallerie, zum Angriffe beordert, den Feind chargirte, gerieth dieselbe in einen Hinterhalt und wurde mit bedeutendem Verluste zum Rückzuge genöthigt. Unter den Todten befinden sich der Oberst Cureton, der die Kavallerie befehligte, und der Oberst Havelock vom Regiment leichter Dragoner, welches Regiment besonders gelitten hat; eine große Anzahl von Offizieren ist außerdem, zum Theil schwer, verwundet. Am 1. Dezember gingen 7000 Mann unter General Thackwell weiter aufwärts von neuem über den Fluß, und das Hauptkorps unter General Gough unternahm am folgenden Tage einen Angriff auf das ihm gegenüberstehende Corps der Sikhs, konnte aber deren Geschütz nicht zum Schweigen bringen, und der mit dem General Thackwell kombinirte Angriff schlug daher fehl. Die Sikhs zogen sich nun freiwillig etwas zurück, und nachdem noch eine Brigade unter Oberst Godby über den Fluß geschickt worden war, gelang es am 3. Dezbr. den Feind zu zersprengen, worauf das Hauptquartier zehn Englische Meilen westlich von Dschenab aufgeschlagen wurde.

— Hier besteht eine Gesellschaft zum Schutz junger Frauenzimmer, welche sich die Verfolgung und Unterdrückung unsittlicher Häuser, so wie die Rettung der gefallenen Mädchen, so weit ihre Fonds reichen, zur Aufgabe gemacht. Im vergangenen Jahre hat dieselbe 25 solche Häuser schließen lassen, und die Zahl der in den letzten zwölf Jahren ebenfalls durch ihre Bemühungen aufgehobenen Anstalten beträgt 221. Namentlich hat sie einen gewissen Joseph Murray, der nicht weniger als 50 solche Häuser unterhält und dadurch enorm reich geworden ist, zur Strafe gezogen und ihm das Handwerk gelegt. In ihr Asyl für Frauenzimmer haben voriges Jahr 88 Aufnahme gefunden, von denen die älteste nicht über 15 Jahre ist.

Schweiz.

Delsberg. — In einem Französischen Dorfe an der Schweizergrenze, nicht weit von Delsberg, predigte letzter Tage ein Geistlicher heftig gegen Louis Napoleon und verdammte alle die, welche für ihn gestimmt hatten in die unterste Hölle. Der Maire des Dorfes, den das ärgerte, stand auf, ging auf den Geistlichen zu, packte ihn beim Arme und führte ihn vor den Augen der ganzen Gemeinde, gefolgt von einer Masse von Leuten, nach dem Pfarrhause. Dort wurde dem Pfarrer ein Stab in die Hand gegeben und dann jagte man ihn zur Gemeinde hinaus. Eine Menge Vorfälle ähnlicher Art sollen in den benachbarten Dörfern statt gefunden haben; man kann daraus auf die Stimmung des Volkes für Napoleon schließen.

Vom Zürchersee, den 18. Januar. Der Lärm, der in der Tagespresse gegen den Bundesrath wegen Berufung eines „Schwaben", des Prof. Lohbauer in Berlin, für den Vortrag der höheren militairischen Wissenschaften erhoben wurde, dauert immer noch fort; seit der Anstellung des „Schwaben" Zeller in Bern hat keine Vocation solches Aufsehen, solche ungemessene Befeindung erregt. Der Grund davon liegt in der „ungemeinen Susceptibilität vieler Schweiz. Offiziere", von denen es jeder fast als eine persönliche Beleidigung betrachtet, daß ein Ausländer, ein „Schwabe", ihm vorgezogen wurde. So hat Oberst v. Orell, sonst ein tüchtiger Artillerie-Offizier und Direktor der Militairschule in Thun, dem Militair-Departement für den Fall, daß man auf der Berufung Lohbauer's beständes, seine Entlassung eingereicht; andere drohen damit, diesem Beispiele zu folgen.

— Die Regierung von Wallis ist vom eidg. Finanz-Direktor Munzinger aufgefordert, die gefallenen Raten und Zinsen der Sonderbunds-Kriegsschuld, zusammen 182,000 Frs., an die eidg. Casse zu zahlen; die arme Regierung erklärte ihre absolute Zahlungsunfähigkeit, sie wird sich also an den fetten Klöstern, wie ihr böse Mäuler vorwerfen, nicht so arg erholt haben.

— Der Bundesrath hat ein überaus ausführliches und in die kleinsten Details gehendes Verhaltungsschreiben an die eidg. Commissare im Canton Tessin erlassen; sie werden aufgefordet, ihre ganze Energie und Wachsamkeit zu entfalten, um den gerechten Klagen der Lombardischen Regierung über den fortwährenden Aufenthalt Mazzini's und so vieler Emigranten im Canton, über die Bildung der geheimen Comité's, über das Einschmuggeln von Waffen, welches die Brüder Soldini in Chiasso zu einem förmlichen Geschäft gemacht, und über die Aussendung von Emissairen mit Mord- und Brandbriefen und mit Aufforderungen zur Desertion (die ihre beabsichtigte Wirkung nicht zu verfehlen scheinen), endlich einmal Abhilfe zu verschaffen; jedenfalls wird der Canton Tessin für alles verantwortlich gemacht, was die Unterbrechung der freundschaftlichen Beziehungen mit der Lombardei zur Folge haben könnte. Die etwas eingeschüchterte Regierung scheint nun doch Ernst machen zu wollen; zwar wird sie Mazzini wohl der ihm zugedachten (?) Verhaftung zu entziehen wissen; allein die übrigen, immer noch 317 Mann zählenden Flüchtlinge müssen nun, mit Ausnahme von etwa anderthalb Dutzend, binnen kürzester Frist den Canton verlassen, durch ihre eigene Unbesonnenheit haben sie sich des Asylrechts verlustig gemacht. Das von ihnen gekaperte Tessinische Dampfschiff „Verbano" wird von der Sardinischen Regierung immer noch unter Sequester gehalten; der Schweiz. Consul in Turin ist angewiesen, für Wiedereröffnung der Dampfschiff-Verbindung auf dem Langensee Sorge zu tragen.

Belgien.

Brüssel, den 21. Jan. Der Marchese Ricci, der im Auftrage des Turiner Kabinets an der Brüsseler Konferenz über die Italienischen Angelegenheiten theilnehmen soll, ist bereits in Brüssel eingetroffen. Herr Lagrenée, der Vetreter Frankreichs, und Sir H. Ellis, der Vertreter Englands, werden in diesen Tagen erwartet. Der Bevollmächtigte Toskana's, der Commandeur Martini, befindet sich in Paris. Oesterreich hat den Grafen Colloredo zu seinem Vertreter ernannt, doch verlautet von dessen Ankunft noch nichts. Von Seiten des Papstes und des Königs von Neapel sind noch keine Bevollmächtigten bezeichnet.

Italien.

Rom, den 11. Jan. Die Regierung hat ein Dekret erlassen, worin sie der Bürgerwehr das Recht zuspricht, sich ihren Oberbefehlshaber selbst zu wählen.

Mailand, den 12. Januar. Tag für Tag mehren die Gründe sich, zu glauben, daß Karl Albert noch einmal mit der Oesterreichischen Armee anbinden wolle, um sich die eiserne Krone aufzusetzen. Die ansehnliche Zahl der nach Piemont ausgewanderten Lombarden und Albert's eigene Truppen sollen zusammen ein Heer von 100,000 Mann bilden. Man ist auf Einschwärzungen von Waffen, selbst von zwei Kanonen, nach Mailand gekommen. Ueberhaupt dürfte keine geringe Anzahl von Waffen in dieser und in den andern Städten versteckt sein. — Der Oesterreichische General Haynau hat den gesammten Stadtrath von Brescia einkerkern lassen, und der Stadt außerdem eine neue Brandschatzung von 250,000 Frs. aufgelegt, weil die Stadtbehörde sich über ein Militair-Magazin, das die Oesterreicher schon benutzt und erforscht hatten, nicht einmal ausweisen wollte.

Turin, den 16. Januar. Das hiesige Cabinet hat gegen jede Intervention Spaniens in die Italienischen Angelegenheiten energisch protestirt.

Rom, den 11. Januar. Das Centralwahlcomite arbeitet sehr emsig. Dem Vernehmen nach liegt der Entwurf der Regierung bereits fertig, wonach die National-Versammlung für den 5. Februar zusammenberufen wird. Auch geht das Gerücht, der Papst wolle endlich durch die beiden Cardinäle Amat und Altieri unterhandeln! — Die Regierung hat ein Dekret erlassen, worin sie der Bürgerwehr das Recht zuspricht, sich ihren Oberbefehlshaber selbst zu wählen. — Entrüstet über das Schicksal der Excommunicationsbulle, welche bekanntlich mit Koth beschmutzt in der Stadt umhergetragen und dann verbrannt wurde, intriguiren Antonelli und Ambruschini unaufhörlich, um dem Papst einen neuen Fluch gegen seine Unterthanen zu entlocken, der die sämmtlichen Kirchen in Rom schließen soll. Geschieht dieses, so ist das der kürzeste Weg, den kirchlichen Heiligenschein der Geistlichkeit vollends zu untergraben. — Die Stimmung schwankt hin und her; man fürchtet neue Reaktion oder Intervention und fühlt sich doch wieder durch die Maßregeln der Regierung beruhigt. Patrouillen der Nationalgarde und Carabiniere ziehen durch die Straßen, und alle Vertheidigungsmittel werden prahlend entfaltet.

Florenz, den 10. Januar. Heute wurden die Sitzungen der Kammern für 1849 vom Großherzoge in Person eröffnet. Die Feierlichkeit fand in dem riesigen Saale der Fünfhundert im alten Palaste der Signoria statt. Alles verlief in der größten Ruhe und Ordnung; der Großherzog wurde mit lebhaften Acclamationen empfangen. Die neuen Deputirten waren fast vollzählig versammelt.

Die vom Großherzoge mit fester Stimme gelesene Thronrede verkündet, nach einer Einleitung, in der die in Toskana herrschende, verhältnißmäßige Ruhe und Ordnung hervorgehoben, die Vorlage von Gesetzentwürfen über die Kommunal-Verfassung, Polizei, Bürgerwehr und die Finanzverhältnisse, mit deren Berathung sich die Kammern zunächst zu beschäftigen haben würden. Vorlagen über ein Civilgesetzbuch und die Hebung des Volksunterrichts würden folgen. In Bezug auf die Hebung der Finanznoth werden die Kammern ermahnt, nicht, was gut in ruhigen Zeiten, sondern was am wenigsten schlimm erscheine in diesen schwierigen Augenblicken, vor Augen zu haben. Auf die auswärtigen Angelegenheiten eingehend, sagt der Großherzog zwar: „Ich kann und darf mich nicht enthalten, dem Wunsche meiner Völker (in Bezug auf den Krieg) zu entsprechen, da die Motive des Kriegs fortbestehen ꝛc.," aber wenn man diesen gemäßigten und kühlen Paragraphen, der von den Prinzipien der nationalen Einheit und dem Enthusiasmus für die Italienische Unabhängigkeit durchaus schweigt, mit dem entsprechenden Paragraphen der Thronrede unter dem Ministerium Ridolfi vergleicht, so verhält sich jener zu diesem wie das Wasser zum Feuer. Der Parapraph über die Römischen Verhältnisse heißt wörtlich: „Während wir beklagen, daß die Eintracht zwischen dem Papst und seinen Völkern sich nicht erhalten hat, und während wir vertrauen, daß sie rasch wieder hergestellt werden wird, ist es uns nicht gestattet, eine Politik zu befolgen, die uns isoliren würde; die Politik der anderen Staaten Italiens, mit denen vereinigt zu bleiben uns vor Allem am Herzen liegt, wird auch die unsere sein; zumal wenn diese Politik, wie wir nicht zweifeln, keine der Rücksichten vergißt, die der höchste Leiter der Kirche und das Haupt der katholischen Religion so reichlich von uns verdient hat."

Die Thronrede verkündet sodann die bevorstehende freundliche Beilegung der kleinen Differenzen mit Piemont und Neapel. Der Paragraph über die Costituente italiana ist auf Beruhigung der ängstlichen Gemüther, vielleicht gar auf Herbeiziehung Neapels berechnet. Unsere Costituente verschmäht keine Art einer möglichen Ordnung der Italienischen Verhältnisse!..... Unser Gesandter wird an den Konferenzen in Brüssel Theil nehmen, und ich hoffe, daß durch dieselben das Vergießen christlichen Blutes aufhören werde..... Wenn die Lebenden und die Nachkommen, so schließt die Rede, mir den Titel: Vater meines Volks, den ihr mir gegeben, bestätigen, so wird dieses der ruhmvollste Lohn sein, den jemals euer Fürst sich wünschen konnte."

— Der dringenden Verhältnisse halber ist die Munizipalgarde durch Dekret der Regierung vorläufig organisirt. Sie hat ihre Thätigkeit zunächst auf die Aufrechthaltung der gänzlich in Vergessenheit gerathenen und erst seit einigen Tagen wieder eingeschärften Polizeivorschriften zu richten. Das Vagabundiren und die Diebstähle hatten in einem erschreckenden Maß überhand genommen und verlangten dringend schleunige Abhülfe.

Aegypten.

Eine Post aus Alexandria bringt uns Nachrichten bis zum 8. Januar. Sie sind voll Hoffnung auf die Zukunft des mitten in seinem Reichthum so armen Landes. Abbas Pascha, der nach Konstantinopel zur Belehrung gegangen war, hatte Befehl gegeben, die Staatsausgaben möglichst zu beschränken, ebenso die kostbaren Fabriken und andere, mehr dem Luxus und der Eitelkeit des Herrschers als dem allgemeinen Wohl dienende Anlagen, welche Mehemed Ali zu einem künstlichen Leben, ohne Blüthe und Frucht, gerufen hat.

Locales ꝛc.

Posen, den 26 Januar. Der heutige Wasserstand ergab auf beiden obern Ufern der Brücke ein merkliches Fallen. Am Pegel der Wallischeibrücke sah man sogar heute Mittag ein Sinken von 10 Zoll, mithin ist der heutige Wasserstand 6 Fuß weniger 1 Zoll. — Zwei Kähne sollen in verflossener Nacht durch das stürmische Wetter durch Zusammenstoßen arg beschädigt worden seyn.

Posen, den 26. Januar. Die Diebstähle nehmen jetzt in unserer Stadt wieder überhand, und werden mitunter in seltener Verwegenheit ausgeführt. Unter mehreren minder wichtigen Fällen (auch die Expedition unserer Zeitung wurde letzte Nacht erbrochen und die Pulte geöffnet) erwähnen wir den Einbruch im Local des Kaufmanns Freudenreich, wo mehr als 500 Thlr. ausgehoben wurden. Von besonderer Keckheit aber zeugt die Beraubung der Adalbertskirche am vorgestrigen Abend. Die Diebe hatten die Thüre erbrochen und suchten in die Sakristei zu gelangen, fanden diese aber wie gewöhnlich verschlossen. Sie begaben sich daher durch den Boden über das Sakristeigewölbe, nahmen hier den Schlußstein heraus und ließen sich durch einen Strick herunter. Der Strick ist zurückgeblieben; dagegen fehlen aus den erbrochenen Schränken die Monstranz, mehrere Kelche und andere Gegenstände von Werth.

! Von der Lubieszka, den 23. Januar. Die Wahlschlacht ist vorüber, sie ward mit einer Erbitterung geführt, die ihres Gleichen sucht und der Ausfall war schon am Tage vor der Schlacht nicht mehr zweifelhaft; hatten doch die Priester wieder die Kirchen zu den verschiedentlichsten Machinationen benutzt, — und somit wieder den Ausspruch des Erlösers: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt", Lügen gestraft. — Die Freude ist groß, denn an mehreren Orten hat ja die Deutsche Partei und in ihr das conservative Princip eine totale Niederlage erlitten; doch frohlockt noch nicht, ihr Rothen, der Deutsche Michel ist im Jahre 1848 gar zu mächtig

aufgerüttelt worden, um so leicht einzuschlafen. — Doch zur Rundschau!

In Mieszkow hat das Deutsche Element nicht gesiegt, ist indeß mit Ehren gefallen. — Wären vier Jüdische Urwähler nicht krank geworden und hätte die Polnische Partei nicht Jeden, der nur aufzufinden war, zur Wahl herangezogen, mochte er auch dazu gar nicht berechtigt sein, es wäre an uns, zu lachen, denn nur mit einer Majorität von drei Stimmen, trotz allen den genannten Unregelmäßigkeiten, gelang es der Polnischen Partei zu siegen. — In Pleschen hat das Deutsche Element dem Polnischen die Stange gehalten, es sind eilf Polen und eilf Deutsche gewählt worden. — In Jarocin indeß hat trotz der zahlreichen Deutschen kein einziger Deutscher die Stimme erhalten. — Die Jüdischen Einsassen, früher die treuesten Leidensgefährten der Deutschen, die bravsten Kämpfer für das Interesse des Deutschthums, haben sich leider den Polen in die Arme geworfen, und hierdurch erklärt sich das Angeführte. — Man versichert uns, daß eine Person, deren Treiben wir bereits früher in einer Correspondenz aufdeckten, durch Drohungen auf dieselben eingewirkt habe, und wir schenken diesem auch Glauben, um so mehr man sich unterstand statt durch Stimmzettel, durch bloßen Aufruf zu wählen, und so gleich Gelegenheit hatte, jeden Einzelnen zu kontrolliren. — Die Deutschen haben gegen dieses Verfahren vergeblich Protest eingelegt, und wurden endlich durch mehrere andere Formfehler genöthigt, an das Ministerium und den Ober-Präsidenten den Antrag (mittels Estaffette befördert) zu stellen, die Wahl als ungültig zu erklären und eine neue anzuordnen. — Wir hoffen zuversichtlich, daß diesem Antrage Statt gegeben werden wird, denn nur dadurch läßt sich die stark aufgeregte Stimmung der Deutschen beruhigen. — Neustadt a W. hat sich am tapfersten gehalten. Es hat zwei Wahlmänner Deutscher Abkunft und drei Polnischer gewählt.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich].

Posen, den 15 Januar. [Der März-Verein und die Preußische Verfassung.] Der sogenannte März-Verein hat durch Vermittelung des Abgeordneten Raveaux von Frankfurt aus auch in die hiesige Provinz einen Aufruf an das Preußische Volk erlassen, der darauf abzielt, nicht nur die Rechtsverletzung dem Volke zum Bewußtsein zu bringen, deren die Krone in der Octroyirung der Verfassung sich schuldig gemacht, sondern auch den Nachweis zu führen, daß die Verfassung selbst keine wahrhaft konstitutionelle ist. Die ganze Ausführung ist am Schluß in folgenden Worten zusammengefaßt:

„Die in der Octroyirung der Verfassung liegende Rechtsverletzung der Preußischen Regierung wird durch den Inhalt dieser Verfassung nicht gemindert sondern vergrößert. Nicht um dem Preußischen Volke so schnell als möglich eine freisinnige Verfassung zu geben, hat die Krone octroyirt: sie hat es gethan, damit kein anderer Wille Gesetz werde, als der ihrige; sie hat das in rechtsgültiger Weise zu Stande gekommene Patent über Vereinbarung einer Verfassung gebrochen, um thatsächlich an den Tag zu legen, daß sie nur eine Souverainetät der Krone, nicht des Volkes anerkenne. Das, Preußisches Volk! ist für Dich, die Errungenschaft der Märztage!"

Man weiß in der That nicht, ob es sich noch der Mühe lohnt, dergleichen heimtückische Ausfälle gegen die Preußische Regierung zu widerlegen, da die Gedankenlosigkeit oder Böswilligkeit gleich klar darin an den Tag tritt. Es ist nicht zu leugnen, daß die Verfassung der Krone eine Gewalt eingeräumt hat, die ungeachtet des gleichen Antheils des Volks an der Gesetzgebung, ungeachtet der Verantwortlichkeit der Minister für die Regierungs-Akte des Königs, noch immer eine Macht ist, welche auf arge Weise gemißbraucht werden kann. Aber irgendwohin muß der Schwer-Punkt der Gewalt fallen, und wo eine Macht ist, da ist die Möglichkeit des Mißbrauchs gegeben. Das ist aber eben der Grundgedanke der wahrhaft konstitutionellen Monarchie, und darin liegt eine unvergleichliche Bürgschaft für die Rechte und Freiheiten des Volkes, daß demselben von keiner Seite einseitig ein Gesetz aufgedrungen werden darf — weder von dem Könige ohne Zustimmung der Volksvertreter, noch von den Letzteren ohne die Zustimmung des Königs. Also eine doppelte Bürgschaft! Denn in dem König wie in den Volksvertretern liegt eine Repräsentation des Volks. Beide gehören dem Volke an, und können der Natur der Sache nach kein anderes Interesse haben, als das Wohl des Volkes. Aber beide stehen auch im Unterschiede von dem Volke, und da der Wille des einen oder anderen sich gegen die Natur der Sache wider das Wohl des Volkes kehren könnte, ist eben der andere Theil bestimmt, als Korrektiv zu erscheinen. Würden aber beide Arten von Volks-Repräsentationen — König und Kammern — nicht in der Person des Monarchen auf gewisse Weise zu einer Einheit zusammengefaßt, kraft deren die Volksvertreter nur durch und in dem Fürsten ihre Macht haben, würde in ihm nicht eine Macht der Regierung sich bilden, die innerhalb der von der Minister-Verantwortlichkeit gezogenen Schranken frei sich bewegen könnte und mächtig wäre, Ordnung wie Freiheit gegen große wie kleine Tyrannen zu erhalten, so bliebe ein Dualismus im Staat, der alle geordnete Verwaltung unmöglich machte. Es wäre ein permanenter Kampf zwischen beiden, wodurch entweder das Ganze zerrüttet oder dadurch erst wieder die Einheit der Gewalt erzielt würde, daß der Schwer-Punkt, sei es in den König oder in die Kammern fällt, d. h. daß entweder constitutionelle Monarchie oder Republik eintritt. Der Gedanke des erblichen Königthums ist aber der, daß nur die Einheit einer menschlichen Persönlichkeit in sich eine lebendige lebensfähige Einheit des Willens und der That darstellt, somit in dem König erst der Staat Einheit und Persönlichkeit erlangt, und daß er deshalb der natürliche und höchste Vertreter des Volks ist, — die letzte und höchste Bürgschaft der Volks-Freiheiten, weil er, durch seine Geburt an die Spitze der Gewalt berufen, über dem Getreibe der Parteien steht, und durch diese Erhabenheit seiner Stellung, durch die Stärke seines Ansehens einen festen Punkt der Ordnung und Freiheit darbietet, gegenüber den Partei-Interessen, welche die einzelnen Staatsbürger befangen zu machen pflegen. Das ist der Vorzug des Königthums vor der Republik, wo die Parteileidenschaften immerfort im Ringen nach Darstellung eines solchen Gipfels der Gewalt sich gegenseitig bekämpfen, und keine Herrschaft der Gesetze, keine Stetigkeit der Ordnung, somit auch kein Bewußtsein wahrer Freiheit aufkommen lassen. Darum nennt auch Napoleon die Republik die schlechteste aller Staatsformen, indem sie den ewigen Tummelplatz aller schlechten Leidenschaften bilde.

Will man aber den König nicht mit solcher Gewalt, wie die Preußische Verfassungs-Urkunde demselben gelassen hat, aber doch keine Republik, so will man etwas Unmögliches, Ungereimtes. Der König ohne das sogen absolute Veto, ohne eine solche ohnehin nur relative Selbstständigkeit der Regierung, ist dann nichts als ein Schau- und Puppenspiel, gleichsam ein Automat, der nur die Bewegung machen darf, welche die Maschine in Zug bringt. Auch hat die Erfahrung bereits genugsam bewiesen, daß ein solches Königthum etwas ganz Unhaltbares ist, wenn nicht etwa ein böser Geist in dem König haust, wir meinen die unsittliche Korruptionskunst, welche mit den Maschinenführern in Bund tritt und die Züge nach seinem Willen bestimmt. Wer daher die Königliche Gewalt unter das Maaß, wie es uns die Verfassungs-Urkunde festgestellt hat, erniedrigt wissen will, der ist entweder eines politischen Gedankens unfähig oder er heuchelt nur die Anhänglichkeit an das constitutionelle Königthum. Wenn man aber wie der März-Verein und seine Gesinnungs-Genossen in dieser Verfassungs-Urkunde nur eine Unredlichkeit, eine Treulosigkeit der Gesinnung des Königs erblickt, alles nur auf die Unterdrückung der Volksfreiheiten berechnet wähnt, so erinnert uns das an den Ausspruch eines großen Mannes, der es als eine „Ansicht des Pöbels" erklärt, wenn man bei der Regierung einen bösen oder weniger guten Willen als bei den Ständen voraussetzt. Die Geschichte der Preußischen Könige — die Erfahrungen unserer neuesten Zeit bestätigt diesen Gedanken für alle die, welche Augen haben zu sehen und Ohren zu hören. Ohne die Königliche Gewalt als den Gipfel der Macht im Staate wäre auch unser Vaterland ein Opfer der Volks-Tyrannen aus der Mitte des Volks geworden.

Dr. Wilh. Klee.

Wenn dem Verein für König und Vaterland 1) bürgerliche und staatsbürgerliche Freiheit, 2) Aufhebung der Privilegien und Standesvorrechte und 3) Hebung und Verbesserung der Lage der ärmeren Volksklassen nur schönklingende, also, wenn nicht verhaßte, so doch bedeutungslose Worte sind, — was will er denn? — Wahrscheinlich wohl, da der Widerstand der Nationalversammlung gegen ihre Vertagung auf ihre lautern und volksthümlichen Ansichten in Betreff dieser drei Punkte gar keinen Bezug hat, das Gegentheil davon? — da hätte er sich kurz in drei Worte fassen können: Wir wollen Reaktion!

Berichtigung: Herr Frd. Damsch hat mir nachgewiesen, daß er in den Listen nicht nur des 6., sondern auch des 4. Wahlbezirks aufgeführt war und in diesem seine Pflicht als Urwähler erfüllt hat. Die patriotische Gesinnung des Herrn Damsch läßt ihn diese Berichtigung wünschen. Dr. Barth.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag den 28. Januar c. werden predigen:
Ev. Kreuzkirche. Vm.: Hr. Oberprediger Hertwig. — Nm.: Hr. Pred. Friedrich. Den 2. Febr. Vm.: Hr. Pred. Friedrich.
Ev. Petrikirche. Vm: Hr. Consist.-Rath Dr. Siedler.
Garnisonkirche Vm.: Hr. Divis.-Pred. Simon.
Christkathol Gemeinde. Verm.: Herr Pred. Post.

In den Parochieen der genannten Kirchen sind in der Woche vom 19. bis 25. Januar 1849:
Geboren: 3 männl., 3 weibl. Geschlechts.
Gestorben: 19 männl., 5 weibl. Gesch.
Getraut: 6 Paar.

Posen, den 26. Jan. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles unverändert 12⅔ Rthlr.

Druck u. Verlag von W. Decker & Co. Verantw. Redacteur: C. Hensel.

Bei **J. J. Heine** ist vorräthig:

Schmalz, Haussekretair für die Provinz Posen.

Vierzehnte nach den neuesten Staatsänderungen sorgfältig umgearbeitete und vermehrte mit schönen und genauen Karten versehene Auflage.
1. Lieferung. Preis 6 Sgr.
Das ganze Werk wird 12 — 15 Lieferungen enthalten.

Bei **Gebrüder Scherk** in Posen ist so eben erschienen:

Die vier Fragen

Welch' Zeit ist es im Preußischen Staate?
Was haben wir?
Was brauchen wir?
Was wollen wir?
Praktisch beleuchtet an dem Scheine der Gegenwart und vorgelegt dem Preußischen Volke und seinen Vertretern, von
Freimund Lichtfreund,
einem wahren Patrioten.
broch. Preis 4 Sgr.

In allen Buchhandlungen ist zu haben, in Posen bei **Gebr. Scherk:**
Le nouveau secrétaire universel ou Code épistolaire.
Französisch-Deutscher Briefsteller und Haus-Secretair.
Von P. Gauthier und Jul. Kunze.
8. broch. 24 Sgr.
C. A. Händel in Leipzig.

Ihre Verlobung beehren sich ergebenst anzuzeigen die verwittwete Landräthin v. Grewenitz, Marie geb. v. Bünting, der Ober-Landesgerichts-Rath v. Forestier.
Posen, den 24. Januar 1849.

Verbindungsanzeige.
Auswärtigen Verwandten und Freunden empfehlen sich als Neuvermählte
Salomon Goltmann
Johanna Goltmann, geborne Reisner.
Schrimm, am 24. Januar 1849.

Das gestern Nachmittag 2½ Uhr erfolgte Ableben meiner geliebten Frau, Henriette geb. Jaffé, zeige ich Verwandten und Freunden tief betrübt hierdurch an.
Posen, den 26. Januar 1849.
Moritz Mamroth.

Edictal-Vorladung.
Ueber den Nachlaß des am 25. März 1847 zu Posen verstorbenen Nagelschmidts Friedrich Gottlob Haacke ist heute der erbschaftliche Liquidations-Prozeß eröffnet worden. Der Termin zur Anmeldung aller Ansprüche steht
am 28sten Februar 1849 Vormittags um 11 Uhr
vor dem Hrn. Oberlandesgerichtsassessor v. Cronsaz im Partheienzimmer des hiesigen Gerichts an.
Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird aller seiner etwanigen Vorrechte verlustig erklärt und mit seinen Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben sollte, verwiesen werden.
Posen, den 24. Oktober 1848.
Königl. Preuß. Land- und Stadtgericht. Erste Abtheilung.

Edictal-Vorladung.
Ueber den Nachlaß des am 14ten Oktober 1847 hier verstorbenen Polizei-Sergeanten August Guillermin ist der erbschaftliche Liquidations-Prozeß eröffnet worden. Der Termin zur Anmeldung aller Ansprüche steht
am 30sten März c. Vormittags um 11 Uhr
vor dem Herrn Ober-Landesgerichts-Assessor v. Wentzky im Partheienzimmer des hiesigen Gerichts an.
Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird aller seiner etwanigen Vorrechte verlustig erklärt und mit seinen Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse übrig bleiben sollte, verwiesen werden.
Krotoschin, den 3. November 1848.
Königl. Land- und Stadtgericht.

Bekanntmachung.
Am 5ten Februar 1849 Vormittags 10 Uhr sollen durch den Rendanten Herrn Kurzhals vor dem hiesigen Gerichts-Gebäude verschiedene Möbel gegen gleich baare Zahlung verkauft werden.
Posen den 29. December 1848.
Königliches Land- und Stadt-Gericht. Erste Abtheilung.

Ein gewandter Schreiber und ein geübter Registrator findet Schuhmacherstraße No. 3. ein Unterkommen.

Auch in diesem Jahre stehen hier Böcke der Königl. Stammschäferei zu Frankenfelde zum Verkauf und ist ein neuer Transport eingetroffen. Die Preise sind gegen früher bedeutend ermäßigt.
Jerka bei Kriewen, den 23. Jan. 1849.
Boldt.

Kanonenplatz No. 8. ist vom 1sten April c. ab die 2te Etage mit allem Zubehör zu vermiethen. Das Nähere daselbst beim Eigenthümer Parterre.
C. Jahn.

Auf dem Graben No. 30. ist vom 1sten April c. eine Wohnung von 5 Stuben nebst Zubehör, Bel-Etage, mit Gartenpromenade zu vermiethen.
Carl Graßmann, Graben No. 8.

Gas-Aether bester Qualität, das Berliner Quart 8 Sgr.; bei Abnahme von 10 Quart wird noch ein Rabatt bewilligt.
Die Eisenhandlung S. J. Auerbach, Judenstraße No. 1.

Ein junger Mann von anständiger Familie, der die nöthigen Schulkenntnisse besitzt, kann zum 1. April c. in unser Geschäft als Lehrling eintreten.
C. Müller & Comp., Sapiehaplatz 3.

Extra feines Königsräucherpulver,
in Flacons à 5 Sgr.,
einen erquickenden und angenehmen Wohlgeruch verbreitend, empfiehlt
Ludwig Johann Meyer, Neuestr.

Beste frostfreie Malaga-Citronen, à 2 Rthlr. pr. 100 Stück,
eben so frostfreie Teltower Rübchen,
und frische grasgrüne Pomeranzen empfiehlt
Michaelis Peiser,
in der Russischen Theehandlung Breslauerstraße 7.

Colosseum.
Sonnabend den 27. Januar:
Große Redoute
mit und ohne Maske,
bei einem gut besetzten Orchester.
Entrée an der Kasse für Herren 10 Sgr., wofür Damen frei eingeführt werden können. Bis Abends 7 Uhr kostet in der Behausung des Unterzeichneten, Wronkerstraße No. 4., das Billet nur 7½ Sgr. — Anfang Punkt 8 Uhr. Peiser.

Alle unsere Mitbürger, die die politische Bewegung in unserem Vaterlande nicht theilnahmlos an sich vorübergehen lassen, werden gewiß mit uns den Wunsch theilen, den Verhandlungen unserer Wahlmänner beizuwohnen, um die politischen Ansichten unserer Vertrauensmänner, insbesondere aber die der Abgeordneten-Kandidaten kennen zu lernen. Unsere städtische Behörde würde daher allgemeine Anerkennung finden, wenn sie diesem Wunsche Rechnung tragen, und ein diesem Zwecke entsprechendes Lokal zu den Wahlmänner-Versammlungen anweisen möchte. Das Schauspielhaus dürfte sich dazu gut eignen.

Mehrere Urwähler.